

Armin-Paul Hampel

Deutschlands außenpolitische Lage nach der Trump-Wahl

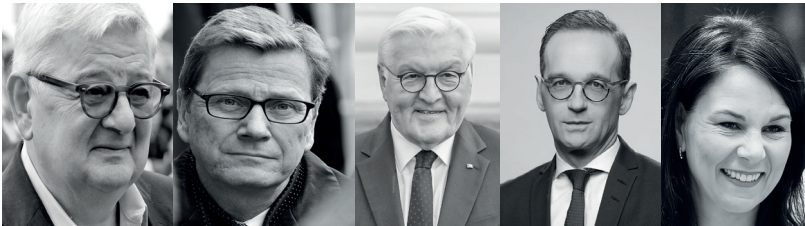


Es war der deutsche Nachrichtensender „Welt-TV“, der seine Einschätzung über das erste Treffen des deutschen Kanzlers mit dem US-Präsidenten in die knappen Worte fasste: „Merz übersteht Antrittsbesuch bei Trump unfallfrei“. Was für ein Unterschied zu dem Bonmot, das ich einst aus dem Mund des damaligen US-Präsidenten George Bush senior im Rosengarten des Weißen Hauses vernahm, als er den deutschen Wiedervereinigungskanzler Helmut Kohl als „partner in leadership“ bezeichnete. Zwischen beiden Äußerungen liegen über dreißig Jahre deutscher Außenpolitik.

30 Jahre des Niedergangs

Eine Zeit, in der Deutschland durch einen „Randale-belasteten“ Joschka Fischer, einem leichtgewichtigen Guido Westerwelle, einem sich überschätzenden Frank-Walter Steinmeier, und den beiden Totalversagern Heiko Maas und der noch schlimmeren Annalena Baerbock vertreten wurde. Es sind dreißig Jahre des Niedergangs deutscher Außenpolitik. Nun also Neustart mit Friedrich Merz und Johann Wadephul, dem ersten CDU-Mann im Außenamt seit 1966 (Gerhard Schröder). Der Schleswig-Holsteiner und Fachanwalt für Medizin und Sozialrecht hätte fast den oben erwähnten Antrittsbesuch des Kanzlers torpediert, als er wenige Tage zuvor in einer Grundsatzrede die Trumpsche Politik als irritierend und verunsichernd bezeichnete und ihm Washingtons Kurs ‚gegen grundlegende Fundamente unseres Miteinander gerichtet schien‘, dass sein amerikanischer Amtskollege Rubio den Wadephulschen Querschuss gelassen nahm, zeigt, wie weit hinten die Deutschen heute im „Ranking“ der US-Administration segeln. Die

Sache nicht gerade verbessert hat Merz wenige Wochen später, beim Treffen der „kleinen Drei“, Macron, Starmer und Merz, u.a. mit Trump im East Wing des Weißen Hauses. Während der Brite wie der Fran- zose vorsichtig diplomatisch versuchten sich dem US-Präsidenten zu nähern, grätschte Merz vor laufender Kamera belehrend dazwischen: „ich kann mir nicht vorstellen, dass das nächste Treffen ohne einen Waffenstillstand (zwischen Russland und der Ukraine) stattfinden wird“.



Deutsche Außenminister des Niedergangs: V.l.n.r. Joschka Fischer, Guido Westerwelle, Frank-Walter Steinmeier, Heiko Maas und Annalena Baerbock.

Wer in solchen Gesprächen das Minenspiel der Beteiligten zu deuten weiß, konnte von Trumps Reaktion auf die grenzenlose Selbstüberschätzung noch etwas lernen. Der deutsche Bundeskanzler scheint seine (und damit Deutschlands) Lage bis heute nicht verstanden zu haben. Mit der radikalen Verurteilung Russlands, der einseitigen Parteinahme für die Ukraine, fallen die Europäer, insbesondere Deutschland, als Vermittler im Ukraine Konflikt aus. Schlimmer – durch die freiwillige Kappung der russischen Energieversorgung (und der einfach hingenommen Sprengung von Nordstream 2) hat sich Deutschland in völlige Abhängigkeit von den USA begeben. Was Merz über die notwendigen Maßnahmen gegenüber Russland denkt, ist nebensächlich. Er und seine Europäer könnten noch das fünfzigste Sanktionspaket gegen Moskau beschließen, es beschert ihnen keinen Wechsel vom Katzentisch an die große Tafel der Weltpolitik. Der Friede in dem furchtbaren Krieg wird ausschließlich zwischen Washington und dem Kreml verhandelt – Basta!

Aus einer solchen Situation der Schwäche können allerdings für Deutschland bedrohliche Szenarien entstehen. Auch hier sprechen

Bilder wieder Bände. Betrachtet man die Photo- und Kameraaufnahmen früherer oder heutiger G20-, NATO- oder EU-Treffen, fällt auf, dass fast seit Kohls Zeiten, kein Deutscher mehr in der Mitte der illustren Runde zu sehen ist. Von Schröder über Merkel bis Merz findet man die Vertreter Deutschlands meist an der Seite in der zweiten oder dritten Reihe. Ein Schelm, wer dahinter Absicht vermutet. Nun aber, nach den markigen Aufrüstungsworten aus Berlin, der Quasikriegserklärung des Kanzlers (wir leben nicht mehr im Frieden) und seinem „Kriegstüchtigkeit“ fordernden Verteidigungsminister, sieht die Sache anders aus.

Russland auf ewig unser Feind?

Plötzlich steht ein strahlender Friedrich Merz mittig, eingerahmt vom britischen Premier und dem französischen Präsidenten. Die Symbolik hier ist klar. In einem militärischen Konflikt mit Russland, kann, darf und soll Deutschland die Führungsrolle übernehmen. Hatte nicht der deutsche Außenminister Wadehul kategorisch festgestellt, dass Russland auf ewig unser Feind sein werde. So dumm, mit Verlaub, können nur die naiven Deutschen sein. Und um von seinen immensen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, spielt ein Kanzler Merz das gefährliche Spiel mit. Donald Trump stört das so lange nicht, wie Deutschland US-Waffen für die Ukraine kauft und auch sein eigenes Rüstungspotenzial mit milliardenschweren Ankäufen von F-35 US-Kampfbjets komplettiert. An den großen, weltpolitischen Entscheidungen darf der Kanzler dafür als Zaungast teilnehmen. Auch da sprechen die Bilder von Merz beim jüngsten Treffen in Sharm El Sheikh mehr als tausend Worte.

Deutschland verliert ständig weiter an Boden

Erkennbar wird auch – über die Fixierung auf den Ukraine Konflikt – das Deutschland ständig weiter an Boden und Einfluss außerhalb Europas verliert. Eine deutsche Afrikastrategie ist so gut wie nicht erkennbar. Überdies haben sich die Deutschen, nach ihrem kläglichen Bundeswehr-Einsatz in Mali, viele Sympathien verdorben. In Kairo, Nairobi, Dakar oder Kapstadt hat man die kläglichen Versuche der

EU, die Flüchtlingsströme einzudämmen, sehr genau wahrgenommen – und begrüßt insgeheim, einen Teil seiner Menschenlast los zu werden. Dabei wächst Afrikas Wirtschaft seit Jahren stetig. Allein für 2025 wird ein Wachstum von bis zu 4,3 Prozent erwartet. Zehn der weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften liegen dort. Zuwachsraten, von denen das defizitäre Deutschland nur träumen kann. Geschäfte macht man allerdings viel lieber mit den Chinesen (und neuerdings den Russen), die weder auf die Menschenrechte pochen noch Nachhilfe in Demokratie- und Parlamentarismusentwicklung im Warenkorb haben. Die ca. 50 Milliarden Euro, die Deutschland in den vergangenen Jahren in Dritte Welt- und Schwellenländer auf diese Weise verschenkte, hat Peking in Form von Krediten segensreich im Schwarzen Kontinent verteilt und sichert sich so den Zugriff auf wichtige afrikanische Rohstoffe. Immer öfter gehen deshalb die Deutschen in wichtigen Wirtschaftsverhandlungen leer aus.

Diese rasende Entwicklung des Reichs der Mitte ist besonders für die Trumpadministration das Top-Thema der außenpolitischen Herausforderungen. Hier hätte Deutschland den USA durchaus etwas zu bieten. Die deutsche Wirtschaft (Volkswagen) hatte sich früher als alle anderen auf China konzentriert und hält dort nach wie vor einen (wen auch schrumpfenden) Wissens- und Erfahrungsvorsprung. Ähnlich wie die Vereinigten Staaten sind auch unsere Beziehungen durch einige wirtschaftliche Ungleichgewichte herausgefordert. Stellvertretend dafür mögen die in den USA, wie Deutschland immer wieder aufkommenden Patentschutzklagen stehen. Amerika als erste und Deutschland als drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt hätten hier gemeinsame Durchsetzungsinteressen. Dazu hört man nichts aus Berlin. Die Ampelregierung hatte sich zuvor sogar entblödet, die Fregatte „Baden-Württemberg“ durch die Straße von Taiwan zu schicken. In Peking verfiel man, ob der bedrohlichen Herausforderung durch die „Seemacht Deutschland“, in dröhnendes Gelächter.

Weniger lustig findet man in China dagegen Berlins Werben um die Inder. Der Subkontinent wächst ebenfalls in atemberaubendem Tempo. Doch die größte Demokratie der Welt kann sich mit dem

ungeliebten Nachbarn an seiner Nordgrenze nicht messen und sitzt trotzdem, gemeinsam mit Peking, in der Shanghai-Runde – dem Zusammenschluss der BRICS-Staaten, Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Seit Jahren hat Deutschland verschlafen, den dort angebotenen Sitz als ständiger Beobachter zu besetzen. Da die BRICS-Idee ein Konkurrenzprojekt gegen das aus ihrer Sicht globalistisch-hegemoniale Konzept des Westens (der USA) darstellt, könnte Deutschland auch hier eine Vermittlerrolle spielen. Die alleinige Fixierung auf Indien und eine 2024 beschlossene engere Zusammenarbeit, vor allem im Rüstungsbereich (Indien erhält sechs neue deutsche U-Boote der 212Alpha-Klasse), konterkariert solch ein Anliegen allerdings. Dass die USA hingegen versuchen, Deutschland hier einseitig auf ihre Seite zu ziehen, sie gar im pazifischen Konzert ein bisschen mitspielen lassen wollen, kann nicht in unserem Interesse sein. Berlin wäre gut beraten, sich unter Chinas Nachbarstaaten umzuhören. Ganz im asiatischen Geist versuchen diese völlig pragmatisch mit dem Reich der Mitte auszukommen. Auch wenn ihnen dabei die Angst so manches Mal im Nacken sitzt.

Ungarns Victor Orban füllt die Vermittlungsrolle zu Russland

Kehren wir zurück ins alte Europa, so stellen wir fest, dass hier so gut wie alles in Bewegung ist. Deutschland hat ohne Not, die ihm durch die geographische Lage allein auf den Leib geschneiderte Rolle des ehrlichen Maklers zwischen Russland und dem Westen verloren.



Nun versucht das kleine Ungarn mit Victor Orban diese Lücke zu füllen.

Abgeschnitten von den überlebenswichtigen Rohstoffen Russlands scheidert das ehemalige Wirtschaftswunderland an weit zu hohen Energiekosten, an einer Billionen verschlin-

Ungarns Ministerpräsident Victor Orban übernimmt heute die Rolle Deutschlands als früherer Vermittler Europas in Richtung Russland.

genden, jetzt schon gescheiterten Energiewende und dem Zustrom von Millionen nicht integrierbaren Fremdkulturen. Seit Jahren mauern die EU-Partner gegen eine „gerechte“ Verteilungsregelung in der Gemeinschaft. Donald Trump und sein Vize Vance haben das erkannt und reichen den Deutschen (vielleicht aus einer stillen Sympathie für das Land von Trumps Vorfahren) in vielen Bereichen die Hand. Doch außer der AfD will sich keine der Altparteien auf dieses Angebot einlassen. Kein Tag vergeht, in dem die Mainstreammedien, Vertreter der Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen nicht über den unkonventionellen US-Präsidenten herziehen. Dabei wäre nicht alles, aber vieles mit diesem Donald Trump zu machen. In einer Zeit, wo dem Michel das Geld ausgeht und dementsprechend seine Sympathiewerte bei den Nachbarn in Ost und West sinken, bedarf es stabiler Allianzen. Ob wir den Weg zurück nach Russland, als ehrlicher Makler, schaffen, kann bezweifelt werden. Zuviel deutsch-russisches Porzellan liegt zerschlagen in der brodelnden europäischen Küche. Trotzdem ist es ein Versuch wert. Die Amerikaner wären dankbar, wenn sie einen zuverlässigen Vermittler hätten. Washington kann, mit Blick auf China und den vielfältigen innenpolitischen Verwerfungen, den Konflikt mit Moskau nicht auf Dauer wollen. Eine politische Jahrhundertleistung wäre es allerdings, die USA davon zu überzeugen, dass ein gutes Deutsch-russisches Verhältnis die angloamerikanische Vorherrschaft auf den Meeren nicht gefährden könnte. Das allerdings ist mit den heutigen politischen Akteuren in Berlin nicht zu leisten.

Nur die Deutschen glauben an ein Vereintes Europa

Frankreich, Großbritannien und vor allem Polen kochen ihr eigenes, nationales Sूपpen und handeln so wie immer. In London nach der „Balance of Power“-Devise, in Paris nach dem Motto „wenn der Franzose von Europa spricht, meint er Frankreich“ und in Warschau träumt man von deutschen Reparationen und der Heimkehr der einst polnischen Westukraine (nachdem die Ukraine zerschlagen ist). Nur die Deutschen glauben noch an die Idee eines Vereinten Europa, dem sie alle nationalen Interessen unterordnen und opfern. Es gibt in Berlin die Erkenntnis nicht, dass britischer Pragmatismus,

französischer Realismus und deutscher Idealismus nicht unter einen Hut zu bringen sind.

Deutschland aber braucht Russland, um in Europa Sicherheit und Stabilität zu bewahren. Und es braucht gute Beziehungen zu den USA, um den Niedergang der einstigen Weltmacht in friedliche Bahnen zu lenken. Europa aber braucht Deutschland, weil in ihm nach wie vor die Selbstheilungskräfte vorhanden sind (denken Sie an den deutschen Idealismus), braucht Deutschland, weil weder die Franzosen, noch die Briten es vermögen, dem einst führenden Kontinent der Welt wieder seinen Platz am großen Tisch der Mächte zu verschaffen. ■

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>